

Handballer
des TVB
verlieren
in Lemgo
mit 26:29

SCHORNDORFER NACHRICHTEN

www.schorndorfer-nachrichten.de

Ihre private
Kleinanzeige
online aufgeben

www.zvw.de/anzeigen

Seite C 8

Zeitungsverlag Waiblingen E 5404

Montag, 28. September 2015

70. Jahrgang

Nr. 224

1,60 Euro

Schorndorf

Rems-Murr-Klinik zeigt sich informativ und unterhaltsam

Vorfürhungen und Vorträge beim Tag der offenen Tür

► Seite B 2

Winterbach

Ein Café in der Werkstatt: Lötten und Kuchen essen

In Winterbach hat am Samstag ein Repair-Café eröffnet, Helfer gesucht

► Seite B 4

Rems-Murr

Hafner investiert 13 Millionen Euro in neues Gebäude

Die Leitidee des Neubaus war: „Hier will ich arbeiten“

► Seite C 3

Rems-Murr

Björn-Steiger-Stiftung will Rettungswesen in China aufbauen

Im Konfuzianismus gibt es eine besondere Beziehung, die zweier Freunde, die sich auf Augenhöhe begegnen und einander helfen. Diesen „Geist“ beschwor Prof. Dr. Bernd Domres bei einem Vortrag in Schorndorf – sowohl was die Lehren aus der Katastrophe von Tianjin als auch was den Aufbau eines Rettungswesen unter Federführung der Björn-Steiger-Stiftung angeht. Doch die Zusammenarbeit mit China stockt: Bernd Domres hofft, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem China-Besuch Ende Oktober der Durchbruch gelingt.

► Seite C 3



Unfallchirurg und Katastrophenhelfer: Bernd Domres. Bild: Schneider

Wir sind für Sie da

Aboservice (071 51) 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion (0 71 81) 92 75 - 20
schorndorf@zvw.de
Lokal (0 71 51) 566 - 275
kreis@zvw.de
Sport (0 71 51) 566 - 262
sport@zvw.de

Wetter



Mittags 18°
Nachts 4°

Sonnig, kaum Wolken
und niederschlagsfrei



Ulrich-Schatz-Sportzentrum der SG Schorndorf eingeweiht



Volles Haus bei der Eröffnungsfeier des Ulrich-Schatz-Sportzentrums der SG Schorndorf. Fürs Gelingen des Baus hatte es mehr gebraucht als

nur 4,2 Millionen Euro: Vor allem das Engagement des Vorsitzenden Christoph Berger, und den finanziellen sowie persönlichen Einsatz des

Namenspatrons und Schorndorfer Unternehmers Ulrich Schatz. Das wurde in emotionalen Redebeträgen deutlich. Es folgten Leckerbissen

aus der Vereinsgaststätte Plätzhirsch sowie unterhaltsame Gerätetests durch Hanna Klein, Marcel Fehr und Ulrich Schatz. ► Seite B 1

Land verpflichtet Kommunen zu stärkerer Frauenförderung

Exklusiv Grün-Rot bringt Gleichstellungsgesetz auf den Weg – 4,1 Millionen Euro Kosten pro Jahr

Größere Städte sowie alle Landkreise müssen nach dem Willen von Grün-Rot künftig hauptamtliche Frauenbeauftragte einstellen. Kritiker bezweifeln, dass dieser Mehraufwand etwas bringt.

VON FRANK KRAUSE

STUTT GART. Die baden-württembergische Landesregierung forciert ihre Bemühungen für mehr Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst. So müssen die 44 Landkreise in Baden-Württemberg sowie Städte ab 50 000 Einwohnern künftig einen festen Gleichstellungsbeauftragten benennen, der sich um die Ziele der Frauenförderung küm-

mert. In Gemeinden unter 50 000 Einwohnern ist eine Person oder eine Organisationseinheit festzulegen, die sich um die Aufgabe kümmert. Das geht aus dem Entwurf für das neue Chancengleichheitsgesetz hervor, der unserer Zeitung vorliegt und am Dienstag vom Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) beraten und zur Anhörung freigegeben werden soll.

Grün-Rot rechnet für die Bestellung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen und großen Städten mit Kosten von jährlich 4,1 Millionen Euro. Die Hälfte davon werde das Land tragen, heißt es in der Kabinettsvorlage.

Von den 22 betroffenen Städten in Baden-Württemberg haben 19 bereits eine haupt-

amtliche Frauenbeauftragte. Trotzdem betrachtet der Städtetag das neue Gesetz skeptisch, zumal Städte wie Stuttgart die Förderung längst breiter angelegt haben und eine hauptamtliche Chancengleichheitsbeauftragte beschäftigen. Es sei daher zweifelhaft, ob das neue Gesetz wirklich notwendig sei, hieß es vonseiten des Städtetags im Frühjahr, als die Eckpunkte des geplanten Gesetzes bekannt geworden waren.

Von den 35 Landkreisen in Baden-Württemberg verfügen bislang nur 15 über hauptamtliche Frauenbeauftragte. Der Landkreistag pocht darauf, dass auch diese 15 bereits etablierten Frauenbeauftragten künftig vom Land mit 50 Prozent gefördert werden und nicht nur die neuen Stellen, die laut Gesetz nun geschaffen werden müssen.

Hurra, wir leben noch!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie diese Zeilen lesen können, ist die Welt doch nicht untergegangen, obwohl es in der Nacht zu diesem Montag eine Supermondfinsternis gab. Komisch, in solchen Nächten geht normalerweise immer die Welt unter. Deshalb haben wir den Weltuntergang in unserer Samstagausgabe an dieser Stelle auch angekündigt. Nicht dass sich nachher jemand beschwert. So ein Weltuntergang hat ja immer auch was Religiöses, und wir wollen keine religiösen Gefühle verletzen. Wenn Sie diese Zeilen nicht lesen können, ist die Welt vielleicht doch untergegangen und wir haben sie umsonst geschrieben. Bei Abonnenten könnte es allerdings auch sein, dass der Zeitungszusteller krank ist. Das wäre dann eine Abokalypse. (rai)



Gauck befürchtet Gerangel um billigen Wohnraum

Flüchtlingsstrom hält an – Kuhns Pläne empören Hausbesitzer

STUTT GART/MAINZ (StN/dpa). Bundespräsident Joachim Gauck hat an die deutsche Bevölkerung appelliert, sich wegen des großen Zuzugs von Flüchtlingen auf Probleme einzustellen. „Es ist eine Kraftanstrengung, wie sie die Bundesrepublik selten meistern musste“, sagte das Staatsoberhaupt am Sonntagabend in Mainz bei der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche der Kirchen. „Auch unpopuläre Entscheidungen und unbenutzte Schritte werden notwendig sein.“

Dabei sprach Bundespräsident Gauck auch deutlich an, dass die Bundesrepublik seiner Meinung nach nicht alle nach Deutschland strebenden Flüchtlinge aufnehmen könne. „Unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn noch nicht ausgehandelt ist, wo diese Grenzen liegen.“ Als eine der Herausforderungen nannte er den Wohnungsbau. Es würden wohl weniger Neubauten fertig, als Menschen ankämen. „Wettbewerb um preiswerten Wohnraum dürfte unvermeidlich sein.“

Unterdessen hat die Ankündigung von Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne), in der Landeshauptstadt schärfer gegen Wohnungsleerstand vorzugehen und Eigentümer notfalls mit Bußgeldern zu bestrafen, heftige Kritik ausgelöst. Der Eigentümerverband Haus & Grund sprach von einem „Anschlag auf Eigentum“, auch CDU und FDP lehnen die Pläne ab.

► Seite 2

Kommentar

Schluss damit!

Jedes Jahr bremsen Luftballons S-Bahnen aus – und nichts passiert

VON UWE BOGEN

Wehe, wenn sie losgelassen: Den kleinen, bunten Luftballons, die es beim Cannstatter Volksfest zu kaufen gibt, sieht man nicht an, was sie anrichten können. Als Schlumpf kosten sie acht, als Love Bär zehn Euro. Es gibt sie in vielen Formen und Farben, als rote Hunde und weiße Mäuse. Da dauert es nicht lange, bis Kinder ihre Eltern so genervt haben, dass sie einen bekommen. „Gut festhalten“, wird den Kleinen noch gesagt. Denn gefüllt sind die luftigen Gesellen mit Helium, weshalb sie nicht spielen, sondern aufsteigen wollen. Wie jedes Jahr ein neues Volksfest kommt, so legt jedes Jahr mindestens ein ausgerissener Folienballon, der mit seiner Metallschicht in der Oberleitung von Bahnhöfen landet, den S-Bahn-Verkehr einer Großstadt lahm.

Ob in München, Frankfurt oder wie zuletzt in Stuttgart: Ein kleiner, niedlicher Luftballon hat große, ja sehr gefährliche Folgen. Die Oberleitungen stehen unter Starkstrom. Kommen sie in Berührung mit dem Metall der Ballons, kann dies zu einem Kurzschluss führen, zum unfreiwilligen Stopp von S-Bahnen, deren Fahrgäste für Stunden im Tunnel gefangen sind und in Panik geraten.

Aus dem Schaden will niemand klug werden. Die Warnungen der Bahn verhalten ungehört. Die Hausordnung, wonach das Mitführen dieser Ballons wie das Rauchen auf Bahnhöfen untersagt ist, wird nicht beachtet. Auch am Sonntag – einen Tag nach dem S-Bahn-Chaos – sind auf dem Wasen viele dieser luftigen Gesellen verkauft worden, als wär' nichts gewesen. Zu Recht tobte nun in den sozialen Netzwerken der Protest. Sollen Tausende ausgebremst werden, nur damit Kinderaugen leuchten? Man kann seine Kinder auch mit anderen Dingen vom Wasen erfreuen. Ein Verbot der Metallballons ist leider unausweichlich.

u.bogen@stn.zgs.de

Nach Diesel-Gate: Made in Germany in Gefahr?

Bosch warnte VW offenbar bereits 2007 vor illegalem Einsatz von Software – Hermann wirft Bundesregierung Untätigkeit vor

VON WALTHER ROSENBERGER

STUTT GART/AACHEN. Nach Ansicht eines der bekanntesten deutschen Maschinenbau-Professoren könnte der VW-Abgasskandal auch andere Hersteller erfassen. „Dass sich der Abgasskandal weitet, ist aus meiner Sicht sehr wahrscheinlich“, sagte Jörg Feldhusen, Institutsdirektor an der Elite-Universität RWTH Aachen unserer Zeitung.

Zudem befürchtet er weitreichende Auswirkungen auf den Standort. „Der Knacks

im Image“ sei nicht mehr zu verhindern, sagte er. Tragende Werte des deutschen Ingenieurwesens brächen jetzt „in sich zusammen“. Die im Ausland oft als Halbgötter verehrten deutschen Ingenieure müssten nun umdenken.

Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) warf der Bundesregierung in der VW-Affäre Untätigkeit vor. „Die Bundesregierung hätte Hinweisen auf Manipulationen bei der Motorsteuerung längst nachgehen und genauer hinschauen müssen.

Stattdessen wurden solche Hinweise als böswillige Unterstellungen abgetan“, kritisierte er in der „Welt“. Sein Bundesland habe sich frühzeitig gefragt, „warum im Ballungsraum Stuttgart die Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden jenseits aller Grenzwerte liegt, obwohl die Autos doch angeblich immer besser werden“. Baden-Württemberg wolle gemeinsam mit Prüfinstituten nun Abgastests im Land verbessern.

Verantwortliche bei Volkswagen hatten offenbar schon vor mehreren Jahren Kenntnis

vom Einsatz rechtswidriger Software in Dieselaautos des Konzerns. Das legt ein Bericht der internen Revision bei Volkswagen nahe, über den mehrere Zeitungen am Sonntag berichteten. Die „Bild am Sonntag“ berichtete, der Zulieferer Bosch habe schon 2007 in einem Schreiben an den VW-Konzern vor einer illegalen Verwendung seiner Technik zur Abgasnachbehandlung gewarnt. Bosch äußerte sich am Sonntag nicht dazu. „Wir sind gegenüber VW zu Vertraulichkeit verpflichtet“, sagte ein Sprecher in Stuttgart.